

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe mai 2005



Herausgeber, V.i.S.d.P.

Henner Schmidt
Vorsitzender des FDP-Be-
zirksverbandes Berlin-Mitte
Französische Strasse 8
10117 Berlin
liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital (.pdf)
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Jan Valentin
Deichsel, Violetta Hart-
mann, Gaby Heise, Maren
Jasper, Volker Jürgensen,
Kurt M. Lehner, Udo v.
Massenbach, Katja v. Maur,
Peter Pawlowski, Martina
Rozok, Christoph Santl,
Henner Schmidt, Stefan
Scholz, Tim Stuchtey,
Corvin Tolle

Autoren dieser Ausgabe

Helmut Abrell, Sabine
Leutheusser-Schnarrenber-
ger, Klaus-Peter v. Lüdeke,
Wolfgang Schreiber, Bettina
v. Seyfried

Leserbriefe

Peter Lundkowski

FDP in Mitte im Internet

www.fdp-mitte.de
www.fdp-fraktion-mitte.de
www.liberal-central.de
www.liberalweb.de
www.fdp-friedrichstadt.de
www.fdp-ot.de
www.fdp-tiergarten.de
www.fdp-wedding.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 0653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namens-
zeichen geben die Meinung
ihres Autors wieder, nicht
die der Redaktion.

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe mai 2005

www.liberal-central.de

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

in wenigen Tagen wird die Partei der Freiheit in Köln ihren 56. Ordentlichen Bundesparteitag abhalten. Drei Leitanträge liegen vor: Zu unserem liberalen Konzept des Bürgergeldes, welches den Sozialstaat intelligenter und effizienter macht und die Würde der Transferempfänger wahrt; ferner zu unserem Weg zu einem einfachen und einstufigen Tarif der Körperschafts- und später auch der Einkommen-Steuer; und zu unserer Betonung der bürgerlichen Freiheitsrechte auch in Zeiten von Sicherheitshysterie.

Diese Anträge – und andere mehr, erinnert sei etwa an den Antrag unseres BV Mitte zur Umwandlung der IHKs in private Vereine – zeigen, dass wir Liberale auch weiterhin Avantgarde einer freiheitlich gestalteten Gesellschaft ebenso sind, wie wir gegenüber anderen Parteien auf einen ‚Denkvorsprung‘ (Hans-Jürgen Beerfeltz) bei der Lösung der Herausforderungen unserer Zeit verweisen können. Ein Team aus Frauen und Männern zu wählen, welches diese Botschaft kompetent, aufrichtig, authentisch und empathisch zu kommunizieren vermag, das wird eine Aufgabe des Bundesparteitages zu Köln sein.

Aber auch um Geld wird es in der Domstadt gehen: Schatzmeister Hermann Otto Solms legt einen Antrag zur Änderung der Finanz- und Beitragsordnung vor, welcher die von den Ortsverbänden an den Bundesverband abzuführenden Beiträge auf 2,20 € pro Mitglied und Monat verdoppelt. Von der Notwendigkeit eines solchen Beschlusses ist die Partei mittlerweile weitgehend überzeugt – interessant ist die Frage der Refinanzierung der Ortsverbände: Soll zugleich der Mindestbeitrag bundesweit von 6 auf 8 € angehoben werden, wie der Antrag im Weiteren fordert, oder will man darauf bauen, dass die Mitglieder ihren Beitrag künftig mehr an der Soll-Grenze von 0,5 % ihres Bruttoeinkommens ausrichten? Angesichts der Tatsache, dass die Berliner Ortsverbände künftig pro Mitglied und Monat insgesamt 8,41 € an höhere Gliederungen der Partei abführen werden, sei Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, letzteres in jedem Fall ans Herz gelegt.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Für die anderen ist die Rollenverteilung klar: Der Staat ist der große Spieler, die Bürger sitzen auf der Zuschauerbank.

Für Freie Demokraten ist der Staat der Schiedsrichter. Und Sie, die Bürger, sind die Aktiven auf dem Spielfeld. Das ist unser Leitgedanke.

Martin Lindner

Lagebericht des Vorsitzenden

Position für eine marktwirtschaftliche Politik

von *Henner Schmidt*

Der letzte Landesparteitag war eine gelungene Veranstaltung. Inhaltlich konnte unser Bezirksverband mit unseren Ideen zur Standortentwicklung und zur Feinstaubproblematik



punkten. Bei der Wahl der Bundesparteitagsdelegierten zeigten sich zudem gute Ansätze einer vertrauensvollen Zusammenarbeit über die Bezirksverbände hinweg. Unser Erfolg als BV Mitte, alle unsere Kandidaten bei den Hauptdelegierten durchzubringen, ist sicher auch unserer offenen und transparenten internen Diskussion im Bezirksverband zuzurechnen.

Der Bundesparteitag in dieser Woche wird wesentliche Fragen zur Programmatik der FDP behandeln, u.a. zum Steuersystem, zur Außenpolitik, zu den Freiheitsrechten, zur Familienpolitik und zur Energiepolitik. Ich vertraue darauf, dass unsere Bundesparteitagsdelegierten anschließend diese Themen auf Orts- und Bezirksebene einbringen und weiterentwickeln werden, damit der BV Mitte auch in Zukunft mit guten Anträgen auf der Bundesebene vertreten sein wird.

Die begonnene Zusammenarbeit der Berliner Bezirksverbände bedarf sicherlich weiterer Vertrauensbildung. Dies gilt insbesondere für die anstehende Entscheidung über eine Landesliste zur Abgeordnetenhauswahl. Bis zu einer Einigung sind dafür noch einige Unstimmigkeiten auszuräumen. Die Diskussion im Bezirksverband sollten wir deshalb im nächsten Bezirksausschuss am 9. Juni bereits beginnen.

Zu diesem Bezirksausschuss bereitet der Bezirksvorstand auch mehrere inhaltliche Anträge vor, die aus den Initiativen und Arbeitstagen der letzten zwei Monate entstanden sind. Unter anderem stehen die Gestaltung des Kulturforums und die Vergabe an private Anbieter im kommunalen Bereich auf der Tagesordnung.

Die Kapitalismuskritik der SPD bestimmt derzeit die öffentliche Diskussion. Ich bitte Sie, liebe Parteimitglieder, dabei für eine marktwirtschaftliche Politik im Gespräch mit Freunden und Kollegen Position zu beziehen. Eine defensive Haltung, wie sie leider auch von vielen im letzten Landesausschuss eingenommen wurde, bringt uns nicht weiter. Wir müssen als Liberale betonen, dass es richtig ist, dass Unternehmer durch Ideen und Risikobereitschaft Geld verdienen können und dass eine ständige Steigerung der Effizienz erst die Wohlstandszuwächse schafft, die wir brauchen. Der Skandal in unserem Land ist nicht der effizienzbedingte Abbau von Arbeitsplätzen in alteingesessenen Branchen, der wirkliche Skandal ist, dass dafür kaum neue Arbeitsplätze in Zukunftsbereichen geschaffen werden – und das hat mit Bürokratisierung, Steuerbelastung und Technologiefeindlichkeit zu tun, nicht mit der Bösartigkeit des globalen Kapitalismus.

Genießen Sie bei dem schönen Wetter ganz konkret die Angebote unternehmerischer Initiative in den Strandbars unseres Bezirks. Ohne die BVV-Fraktion der FDP, die für die Strandbars gekämpft hat würde es in dieser Hinsicht in Mitte wohl öde aussehen. Liberale Wirtschaftspolitik wird hier wirklich anfassbar.

Lassen Sie uns in diesem Sinne unseren Bezirk als lebendige Mitte der Metropole weiterentwickeln, jede Initiative zählt!

Henner Schmidt (OV Friedrichstadt) ist Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte

Der 56. Ord. Bundesparteitag der FDP – www.parteitag.fdp.de – im TV live auf Phoenix

DONNERSTAG, 05. Mai **11:30** Eröffnung durch den stellv. Bundesvorsitzenden Rainer Brüderle, Grußworte des FDP-Landesvorsitzenden NRW Andreas Pinkwart und des Oberbürgermeisters von Köln Fritz Schramma **12:30** Rede des FDP-Bundesvorsitzenden Guido Westerwelle, Aussprache **15:30** Rede des ehem. Außenministers der USA Henry Kissinger **16:00** Bericht des Bundesschatzmeisters Hermann Otto Solms **16:30** Wahl von Präsidium und Bundesvorstand, dazw. Beratung von satzungsändernden Anträgen und weitere Antragsberatung. **FREITAG**, 06. Mai **09:00** Weitere Wahlen zum Präsidium und Bundesvorstand, weitere Beratung von Anträgen, weitere Wahlen. **12:00** Rede des Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Gerhardt, Aussprache, weitere Beratung von Anträgen **15:30** Rede von Prof. Paul Kirchhof, Beratung von Anträgen **19:30** Geselliger Abend. **SAMSTAG**, 07. Mai **09:00** Beratung von Anträgen **10:00** Rede des Generalsekretärs / der Generalsekretärin, Beratung von Anträgen **12:00** Rede der stellv. Fraktionsvorsitzenden der Liberalen im Europäischen Parlament, Silvana Koch-Mehrin, Beratung von Anträgen **14:00** Schlusswort der/des Bundesvorsitzenden

Kommentar aus Mitte

Die Wählerin

von *Bettina von Seyfried*

Wir wollen wieder gewinnen, zumindest dazu – nur wie? Wo sind die ehemaligen FDP Wähler? Zurück an die Urne mit ihnen – nur wie?

Was läuft falsch bei uns?

Sind wir wirtschaftspolitisch wirklich kompetent? Genügen unsere Vorstellungen für den Umbau der Gesellschaft von heute? Haben wir in ausreichendem Maße bewiesen, dass wir das Ohr am Zeitgeschehen haben?

Vor allem viele weibliche Wähler sind weg. Ihre Stimmen jedenfalls werden von uns schmerzlich vermisst. Was vermissen diese Frauen an der FDP? FRAU ist nicht mehr brav und angepasst. FRAU hat sich verselbständigt und FRAU hat konkrete

Vorstellungen entwickelt über das Wie, Weshalb und Warum ihres höchst eigenen Lebens. Das überfordert die deutsche Durchschnittsgesellschaft – die FDP nicht ausgenommen. Dabei ist doch alles ganz einfach. Männer sind anders und Frauen auch. Weiter kommen wir nur gemeinsam – nicht nur in der Politik. Bei allen Neuerungen, die Bereitschaft diese Wesen an den Herd, auf den Kinderspielplatz oder gleich das Kinderzimmer zu verbannen, scheint ungebrochen. Sind wir in Deutschland wirklich kinderunfreundlich? Oder sind wir immer noch a bisserl frauenunfreundlich?

FRAU lässt sich diesbezüglich viel zu viel gefallen. FRAU gibt entweder immer wieder nach oder wird so halsstarrig, dass auch nichts weitergeht. Die Politik, insbesondere die Wirtschaftspolitik, ist an ihre Grenzen gestoßen. ES funktioniert nicht mehr! Können wir es uns länger leisten, die Frauen aus den Entscheidungsebenen fern zu halten? Ist es nicht viel mehr so, dass gerade die andere Herangehensweise von Frauen das Neue in sich bergen kann? Das herauszufinden lohnt sich und es muss vorbei sein, aus Frauen, die keine Männer sind, verbogene Frauen und nicht voll funktionstüchtige Männer zu machen. FRAU soll, muss und will ihren ‚Mann‘ stehen. Das wiederum setzt Selbstvertrauen voraus und Akzeptanz.

Die Frau in ihrer Rolle als Frau ist gefragt.

Viel reden wir in letzter Zeit von Kita-Plätzen und Bildungschancen. Das ist gut und dennoch scheint sich nichts zu bewegen. So lange wissen wir nun schon, wohin uns die fehlende Gebärfreude der Bevölkerung bringt. Gebären setzt im Übrigen zeugen voraus und im Idealfall auch eine harmonische Beziehung. Eine, die sich gefestigt hat, und bereit ist, auf das neue Leben einzugehen und alles in der jeweiligen Macht Stehende zu tun, damit die Lovestory gut ausgeht. Wie schön, wenn das Kind nach zwanzig Jahren Lust verspürt, dasselbe in Gang zu setzen. Diese Lust ist heute zu oft gebrochen. Zerbrochen die Illusionen, die aus den Telenovelas und Pilcher-Verfilmungen genährt, die Herzen so vieler Frauen (und Männer) vergiftet haben.

Die FDP hat die Chance Wege zu gehen, die Frauen so akzeptieren, wie sie sind und einbinden, anhören und unterstützen, wie es angemessen ist. Dieses Gefühl hat FRAU bisher nicht und das muss thematisiert werden. Wieso kann die deutsche Gesellschaft sich nicht an Beispielen anderer europäischer Länder orientieren? Für eine Kinderbetreuung und Schulsituation sorgen, die eine Eingliederung von Frauen in den Berufsalltag und das gesellschaftliche Leben möglich macht und eine weitergehende Chancengleichheit für Kinder in sich birgt?

Wir haben ES falsch gemacht und die Umstände stehen auf dem Kopf, besonders die fehlenden ‚anderen Umstände‘ - die Bevölkerungspyramide. Sie kippt und wir alle sind Schuld daran. Wir Frauen auch. Wann können wir endlich klar und unmissverständlich sagen, was wir wollen, es einfordern und aktiv daran mitarbeiten, das Gewollte in die Realität zu bringen? Das müssen wir lernen. Das geben wir auch zu und arbeiten daran! Was bleibt, ist die Forderung nach einer grundsätzlichen Bereitschaft, die Zurückhaltung oder gar Ablehnung zu überwinden, die dem jeweils Anderen noch so häufig entgegengebracht wird.

Und damit meine ich nicht nur Frauen. Doch das ist ein anderes Thema!

Dr. Bettina v. Seyfried, Vorsitzende des OV Wedding und stellv. Sprecherin des Bezirksausschusses Mitte.



Gastkommentar

Bedrohte Bürgerrechte – liberale Perspektiven

von *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger*

Vieles ist in den vergangenen Jahren an gesetzgeberischen Maßnahmen vollzogen worden, was ein ‚mehr an Sicherheit‘ schaffen soll. Diese Maßnahmen, so wird uns immer wieder von Sicherheitspolitikern jeder politischen Couleur versichert, schaffen Sicherheit und damit mehr Freiheit. In einem Rechtsstaat gäbe es immer ein Spannungsverhältnis zwischen der Wahrung der Freiheitsrechte der Bürger und dem ebenfalls von den Bürgern geforderten Recht auf ein Mindestmaß an Sicherheit. Gerade angesichts der Bedrohungen von Terrorismus und organisierter Kriminalität müsse man die Lösung dieser Spannung neu finden. Diese Argumentation ist nicht nur falsch – sie ist gefährlich.

Zu Spannungen zwischen dem Streben nach Freiheit und nach Sicherheit kommt es, wenn demokratische Rechtsstaaten ihren Bürgern beides zu garantieren suchen. Spannungsfeld bedeutet in diesem Fall: Sicherheit und Freiheit können nie gleichermaßen gewährleistet werden. Am Ende steht immer ein Abwägungsprozess zwischen mehr Sicherheit und weniger Freiheit oder umgekehrt. Selbst ein Rechtsstaat, der seine Grundlagen aufgeben würde, der also etwa die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger bis zur Unkenntlichkeit aushöhlen würde, könnte allerdings keine absolute Sicherheit gewähren.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Selbstverständlich ist der Schutz vor Kriminalität und terroristischen Anschlägen Teil der staatlichen Verantwortung. Daraus kann aber kein Grundrecht auf Sicherheit abgeleitet werden. Es gibt kein solches Grundrecht im Grundgesetz. Gäbe es dieses Grundrecht auf Sicherheit als Anspruchsrecht gegen den Staat, dann wäre es um die Freiheitsrechte nicht mehr gut bestellt. Bei der verfassungsrechtlichen Abwägung zwischen zwei Grundrechten würden im Zweifel die Freiheitsrechte der Bürger den kürzeren ziehen.

Diese Sichtweise und implizit auch der Bedeutung unserer Grundrechte ist von der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nachhaltig gestärkt worden. Das Gericht erklärte immer wieder, dass die Grundrechte vor allem dem Schutze des Einzelnen vor Eingriffen des Staates dienen.



Dieses Grundrechtsverständnis folgt der Logik eines liberalen Staatsverständnisses. In der modernen liberalen Demokratie sind Staat und Gesellschaft eben nicht identisch; die Bürgerschaft beauftragt stellvertretend den Staat, Aufgaben zu übernehmen. Aufgaben, die sie nicht selbst übernehmen kann. Deswegen schreibt der Staat den Bürgern Rechte zu, die die Tätigkeit des Staates begrenzen

und zugleich die Freiheitsräume des einzelnen schützen. Diese vom Staat zugeschriebenen Rechte sind in den modernen demokratischen Verfassungen die Grundrechte.

Dieses Staatsverständnis und das daraus abgeleitete Verständnis von Grundrechten muss von Liberalen wieder ernst genommen werden. Das Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit wird seit geraumer Zeit zu Ungunsten von Freiheit gelöst. Wir Liberale müssen uns dem hohen Anspruch stellen, Freiheit und Sicherheit in ein vernünftiges Verhältnis zu einander zu bringen. Dazu bringt der FDP-Bundesvorstand jetzt auf dem Kölner Bundesparteitag einen umfassenden Leitantrag ein.

Der Leitantrag wendet sich entschieden gegen den Trend, um eines vermeintlichen Freiheitsschutzes willen, immer intensivere Eingriffe in die Freiheit aller ganz selbstverständlich in Kauf zu nehmen. Der Schutz der Privatsphäre vor staatlichem Zugriff ist und bleibt die Grundbedingung individueller Freiheit. Der Schutzstaat, der immer stärker in die Privatsphäre eindringt, ist kein Garant von Freiheit. Im Gegenteil: Der Schutzstaat, der so freundlich verpackt daher kommt, zerstört die freiheitlichen Grundlagen unserer Gesellschaft.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger MdB ist Mitglied des FDP-Bundespräsidiums und Vorsitzende des Landesverbandes Bayern

Zum Thema

Liberalismus – quo vadis ?

von *Helmut Abrell*

Die Verteidigung der Freiheitsinteressen schwankt zwischen Pathos und Trivialität. Die Liberalen befinden sich, börsen- und chart-technisch gesprochen, in einer Seitwärtsbewegung und stehen nahezu fassungslos dem gebündelten mainstream des Linkspopulismus gegenüber, der sich fälschlicherweise als die wahre demokratische Bewegung anbietet, in Wahrheit jedoch nichts anderes als reaktionärer Neo-Sozialismus ist. In diesem Umfeld trudelt der organisierte Liberalismus mit 7% auf die nächsten Wahlen zu.



Die Suche nach Gründen für die gefühlte Defensive, in der sich die einst revolutionär vertretenen Ideale der Bürgerfreiheiten und Emanzipation aus ständischen Bindungen befinden, ist aufschlussreich: Trotz der Lauterkeit der Ideen freiheitlicher Politik und guter Konzepte, wie in der „Berliner Freiheit“ formuliert, lässt sich nicht genügend vermitteln, wie die FDP in der aktuellen gesellschaftlich und wirtschaftlich desaströsen Situation Nutzen stiften könnte.

Im Kampf gegen die Hydra des zeitgenössischen Neofeudalismus in Gestalt allmächtiger Bürokratie und einer unheiligen Verquickung etatistischer Bevormundung und Bespitzelung kommt kurzatmigen Parteiinteressen mehr Bedeutung zu als langfristigen, grundsätzlichen Werten. Es ist vor allem der Mangel an Glaubwürdigkeit und an glaubhafter Emotion, der selbst Liberale oft an der Wahlurne daran hindert, ihr Kreuz an der richtigen Stelle zu machen.

Das Durchpeitschen einer EU-Verfassung ohne breite gesellschaftliche Legitimation und ohne Rücksicht auf eherne Verfassungsgrundsätze Heuß'scher Prägung entzieht dem Gesellschaftsmodell der Bundesrepublik die Grundlage. Wem die EU in Zukunft lieb ist, der lässt sie mit Vernunft gedeihen. Es lohnt sich, daran noch seriös zu arbeiten. Die Beherrlichkeit, für eine gemeinsame Zukunft und den Charme, mit Enthusiasmus im europäischen Kontext für die politische Freiheit einzutreten, die auch in einem vereinten Europa nicht zu einer Diminutivform verkümmern darf, macht die Liberalen darin zum unverzichtbaren, staatstragenden Element.

Helmut Abrell ist stellvertretender Vorsitzender des OV Oranienburger Tor

Zum Thema

Wiederaufbau Stadtschloss – Handwerks Perspektive

von *Wolfgang Schreiber*

Folgen Sie mir in das Jahr 2010: In der Mitte Berlins erwächst das Stadtschloss durch handwerkliches Geschick zu alter Pracht – und hunderte Lehrlinge helfen .



Sicherlich, noch ist dies Vision. Die Realität des Jahres 2005 sieht anders aus. Die Ausbildung im Handwerk steht unter keinem guten Stern. Fachpersonal ist immer seltener zu finden. Die Gründe liegen in der wirtschaftlichen Situation des Handwerks selbst, dem wachsenden Wettbewerb und nicht zuletzt in der mangelnden Qualifikation auf Seite der Ausbildungsanwärter.

Schwarzarbeit ist gang und gebe, und die ausufernde „Geiz ist geil“-Mentalität fördert diesen Zustand. Doch statt redliche und qualitativ hochwertige Handwerksleistung zu fördern, verdrängen die öffentlichen Bauträger Fachbetriebe durch ihre preisgetriebene Ausschreibungspraxis. Die laxen Kontrolle der Kommunen bei Ein-Euro-Jobbern tut ihr übriges. Wenn dies die Situation für zukünftige Azubis nicht schon genügend dramatisiert – die Erosion in der Schulbildung versetzt ihr den Todesstoß.

Doch es sind nicht nur fachliche Minderleistungen, die zu denken geben. Handwerkliche Tugenden wie Fleiß, Sauberkeit und Persönlichkeit sind immer seltener zu finden. Darunter leiden die Qualität der handwerklichen Leistung und die Bereitschaft zur Ausbildung. Das Ziel darf nicht der billige Schrauber sein. Das Handwerk braucht eine Perspektive in der Qualität und Stolz auf die eigene Leistung wieder mehr Beachtung finden.

Der Wiederaufbau des Schlosses bietet die einmalige Chance, genau diese Perspektive mit Leben zu füllen. Traditionelle handwerkliche Sorgfalt steht bei diesem historischen Projekt im Mittelpunkt – eine Herausforderung an das Handwerk und Initialzündung für mehr Ausbildungsplätze mit hohem qualitativen Anspruch. Dies wäre nicht nur ein voller Erfolg für den Wirtschaftsstandort Berlin. Der Imagegewinn für unser Handwerk wäre in Deutschland wie international beträchtlich. Damit wieder in alter Tradition gilt: „Ich bin wer - HandWERker.“

Wolfgang Schreiber ist Mitglied im OV Friedrichstadt

Aus dem Abgeordnetenhaus

Monopoly – die neue Karte

von *Klaus-Peter von Lüdeke*

Nach vergeblichen Anläufen des früheren CDU-Senators Kleemann könnte es unter dem rot-roten Senat für die Grundstückseigentümer und Inhaber von Erbbaurechten Wirklichkeit werden: Das „Straßenausbaubeitragsgesetz“. Der Referentenentwurf sieht vor, dass nicht nur die Kosten für die erstmalige Erschließung von Baugebieten, sondern auch für den Ausbau bestehender öffentlicher Straßen, Wege und Plätze sowie für die Erneuerung von Erschließungsanlagen auf die anliegenden Grundstückseigentümer und Erbbauberechtigten teilweise (zu 25 bis 70 %) umgelegt werden können.



In der Tagespresse veröffentlichte Beispielsberechnungen des Senats für Anliegerstraßen lassen erhebliche Kosten für die Grundstückseigentümer und Erbbauberechtigten erwarten. Auf einige von ihnen rollt eine Kostenlawine zu.

Die FDP-Fraktion lehnt ein Straßenbaubeitragsgesetz für Berlin ab, da (1) Berlin bereits bundesweit die höchsten Grundsteuersätze hat, (2) ein „Vorteil“ von Straßenausbaumaßnahmen für den Grundstückseigentümer kaum darstellbar ist – beim Grundstücksverkauf etwa werden Wertzuwächse bereits über die Grunderwerbsteuer abgeschöpft –, (3) die Abwälzung verkehrspolitisch motivierter Maßnahmen (z.B. der Verkehrsberuhigung) oder der Folgen jahrelangen Instandhaltungsrückstaus auf die Grundstückseigentümer unannehmbar ist, (4) die mit Straßenbaumaßnahmen einhergehenden Belastungen der Grundstückseigentümer (z.B. Einnahmeausfälle durch Dauerbaustellen) diesen nicht „gutgeschrieben“ werden, (5) das Gesetz erheblichen Verwaltungsaufwand verursacht, der die erwarteten Mehreinnahmen weitgehend aufzehren wird.

Senat und SPD/PDS nehmen die Themen Staatsaufgabenkritik, Bürokratieabbau und Senkung der Staatsquote nicht ernst, sondern wollen im Gegenteil die Abgabenlast zur Finanzierung des öffentlichen Sektors in Berlin noch ausweiten. Die CDU geht diesen Weg mit, wie auch ihr aktueller Gesetzesentwurf für eine Zwangsabgabe der Grundstückseigentümer zur Förderung der Zentrenentwicklung in Berlin zeigt.

Klaus-Peter von Lüdeke MdB (Steglitz-Zehlendorf) ist verkehrspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion

Aus der Landespartei

Landesparteitag eröffnet den Wahlkampf 2006

von *Gaby Heise*

Auf dem Landesparteitag am 16.04.2005 hat die Berliner FDP nicht nur ihre Delegierten und Ersatzdelegierten für den Anfang diesen Monats anstehenden Bundesparteitag in Köln gewählt, sondern vor allen Dingen den Wahlkampf 2006 eröffnet.



In ihren kämpferischen Reden kündigten sowohl Markus Löning als auch Martin Lindner der rot-grünen Koalition auf Bundes- bzw. der rot-roten Regierung auf Landesebene für die kommenden Monate bis zu den Wahlen starken Gegenwind an. Beide kritisierten die Politik der jetzigen Regierungen scharf und schworen die Partei darauf ein, alle Kraft zu mobilisieren, um dem erfolglosen Treiben der amtierenden Regierungen in Bund und Land 2006 ein Ende zu bereiten.

Programmtisch wird die Berliner FDP dabei die Themen Wirtschaft und Arbeit, Familie und Bürgerrechte in den Vordergrund stellen. Den Bürgerinnen und Bürgern die Gestaltungsmacht über ihr Leben zurückzugeben, das muss unser erkennbares Ziel sein.

Angesichts weiter steigender Arbeitslosenzahlen in Berlin gilt es, sich in der Wirtschaftspolitik auf Berlins Stärken – Wissenschaft und Forschung, Medienwirtschaft und den Gesundheitsmarkt – zu konzentrieren und Berlin als attraktiven Standort besser zu vermarkten.

Hinlänglich bekannt ist mittlerweile allen Parteien, dass die niedrige Geburtenrate in Deutschland nicht nur zu einer von Kindern entwöhnten Gesellschaft führt, sondern auch ein ökonomisches Problem darstellt. Der Kanzler hat jüngst die Familienpolitik, die er noch vor gar nicht allzu langer Zeit als „Gedöns“ zu bezeichnen pflegte, zur Chefsache erklärt. Mit ihrem Beschluss zur Familienpolitik bietet die Berliner FDP eine echte Alternative zu den herkömmlichen Lösungsansätzen.

Dies ist auch dringend erforderlich, steht doch fest (was ich seit kurzem nur zu gut aus eigener Erfahrung bestätigen kann): Mit Kindern geht's uns besser!

Gabriele Heise (OV Friedrichstadt) ist stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Berlin der FDP

Berichte aus Mitte

Schule in der Schwebel

Henner Schmidt für die BVV-Fraktion

Nachdem das Bezirksamt der privaten Metropolitan School nun die ehemalige Mosaik-Schule als Gebäude angeboten hat, bleibt unklar, wie die Herrichtung des Hauses bezahlt werden soll. Die früher dort beheimatete Grundschule zog ja aus, weil das Gebäude in miserablen Zustand war. Ein von uns unterstützter Antrag der CDU auf Finanzierung durch Ordnungsmittel wurde von Grünen, PDS und SPD abgelehnt, obwohl diese Gelder offensichtlich bisher nicht ausgegeben wurden. Wir haben weiterhin den Verdacht, dass Grüne, PDS und SPD grundsätzlich keine privaten Schulen in Mitte wollen.

Bebauungspläne gestoppt - Aufgrund neuer rechtlicher Regelungen müssen Bebauungsplanverfahren, die nicht bis 31.12.2005 abgeschlossen sind, von vorne begonnen werden. Daraufhin hat das Bezirksamt weit über ein Dutzend Bebauungspläne gestoppt, da diese aus Sicht des Amtes nicht so vordringlich seien. Die FDP Fraktion war immer schon der Meinung, dass viele dieser Bebauungspläne unnötig waren, dies ist nun bestätigt worden. Leider sind die wirklich kritischen Bebauungspläne, v.a. die Pläne zur Einschränkung der Gastronomie in der Spandauer Vorstadt, weiterhin in Bearbeitung und sollen nun umso schneller durchgepeitscht werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dabei die Interessen der Clubs und Kneipen gewahrt bleiben und uns nicht durch angeblichen Zeitmangel unter Druck setzen lassen.

Mohrenstrasse - Die BVV-Fraktion hält den Vorschlag einer Umbenennung der Mohrenstr. für unangebracht. In dieser Meinung haben uns auch viele Gespräche mit Bürgern bestätigt. Unsere Position werden wir den Anwohnern der Mohrenstr. zur Kenntnis geben.

Intern: Neue Pressemitbeiterin - Die BVV-Fraktion hat eine neue Pressemitbeiterin: Eva Lippert tritt die Nachfolge von Martina Rozok an, die sich aus beruflichen Gründen zurückziehen musste. Wir danken Martin Rozok sehr für die erfolgreiche Arbeit und freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Eva Lippert.

Wir sind ansprechbar über das

Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1-3, 10179 Berlin, Telefon 2009 24 365, Fax 2009 24 363

Öffnungszeiten: Mo, 12:00 bis 20:00, Di, Do 12:00 bis 18:00 – www.fdp-fraktion-mitte.de

Liberaler Umweltpolitik - Homepage Release Party

von Maren Jasper

Zu einer „Website Release Party“ lud am Samstag Abend, 23.04., der Bezirk Mitte. Mit ca. 80 Gästen wurde die Webseite www.fdp-umwelt.de in der Galerie von Stefan Denninger (OT) in der Torstraße 154 feierlich eröffnet.

Schon seit längerem verfolgt der Bezirk das Projekt, die Umweltpolitik der FDP stärker in den Vordergrund zu rücken. Angefangen hatte dieses Vorhaben mit einer „umweltpolitischen Gesprächsreihe“ vor fast zwei Jahren, im Rahmen derer fachkundige Referenten zu umwelt- und energiepolitischen Themen eingeladen wurden. Der Landesfachausschuss Umwelt konnte aus dieser Initiative neu belebt werden und ist seit einem dreiviertel Jahr wieder aktiv. Die Webseite stellt einen weiteren Schritt dar, das Thema weiter zu entwickeln und nach außen zu dokumentieren.

Markus Löning MdB, eröffnete auf der Release Party www.fdp-umwelt.de mit einer Rede und drückte die Taste zum „online gehen“. „Es ist gut, dass wir mit Veranstaltungen dieser Art aus den Hinterzimmern herauskommen“, so der Landesvorsitzende. Er dankte damit auch Stefan Denninger, der die sehr schönen Räume seiner Galerie zur Verfügung gestellt hatte.

Maren Jasper, die die Federführung der Webseite inne hat, erklärte dann die einzelnen Rubriken.

23 Autorinnen und Autoren hatten Texte geliefert. Neben Mitgliedern aus dem Landesverband haben auch die Umweltpolitiker der Bundestagsfraktion (Homburger, Brunkhorst, Happach-Kasan und Kauch) und ein Europaabgeordneter (Alexander Alvaro) geschrieben. Auch kritische Positionen gerade im energiepolitischen Bereich fanden sich auf der Homepage. Das Projekt sei schließlich erst der Anfang einer Diskussion, die geführt werden müsse, so Maren Jasper.

Bei Wein aus ökologischem Anbau und „Bionade“ (Biolimonade) kamen im Anschluss an die Eröffnung die Anwesenden, die aus dem ganzen Landesverband oder wie Michael Kauch MdB aus dem Bundestag gekommen waren, ins Gespräch.

Auch der Landesvorsitzende des Naturschutzbundes (NaBu) Berlin, Thorsten Hauschild, fühlte sich wohl und war an weiteren Gesprächen mit der FDP interessiert.

Friedrichstädter entdecken das Berliner Schloss

Stefan Scholz vom OV Friedrichstadt

Friedrichstadt hat das Schloss zurück – wenn auch vorerst nur in Miniaturform. Davon überzeugten sich am 12. April Mitglieder und Freunde des Ortsverbandes bei einer fachkundigen Führung durch den neuen Stadtschloss-Infoladen am Hausvogteiplatz.

Carlo Wloch, als leitender Steinmetz für den Förderverein Berliner Schloss aktiv, präsentierte den Anwesenden eine beeindruckende Sammlung bereits restaurierter Fassadenteile. Fachkundige Unterstützung erhielt der wendige Bildhauer vom Architektenduo Stuhlemmer. Junior wie Senior ließen es sich nicht nehmen, in persona ihre Vision des historischen Ensembles im Herzen Berlins darzulegen. Die charmanten Experten gaben sich mit Leidenschaft den Frauen der Anwesenden hin und entführten die Zuhörer durch kleine Episoden in die Glanzzeiten des Berliner Wahrzeichens.

Unterstützung findet das Projekt quer durch alle Altersgruppen. Da schafft es dann schon mal eine Studentische Initiative, 50 steinernen Adlern durch finanzielle Hilfe ein neues Leben einzuhauchen. Und bis die 13 Tsd. Kubikmeter sächsischen Sandsteins verbaut sind, freut sich der Förderverein natürlich über jeden weiteren spendenbereiten Schlossenthusiasten.

OT plant für 2005

Jan V. Deichsel vom OV Oranienburger Tor

Der Vorstand von OT hat sich auf seiner Sitzung am 27.4. u.a. mit der Planung für das Jahr 2005 beschäftigt. Neben dem traditionellen Sommerfest und der Weihnachtsfeier stehen auch dieses Jahr wieder kulturelle und inhaltliche Veranstaltungen auf dem Programm.

So wird am 11. Mai Dr. Burkhard Hirsch zur Innen- und Rechtspolitik diskutieren. Zudem sind eine Exkursion zum KZ Sachsenhausen und eine Neumitgliedveranstaltung mit Führung durch den Reichstag geplant. Thematisch hat sich der Vorstand u.a. das bürgergesellschaftliche Engagement in Berlin sowie die Diskussion „neuer“ Instrumente für den Arbeitsmarkt vorgenommen.

Zudem will OT mit einigen Infoständen auch außerhalb des Wahlkampfs Präsenz zeigen.

Wie begleiten Land und Bezirk den Mittelstand?

Katja v. Maur und Sylvia Maria v. Stieglitz vom OV Tiergarten

Diese Frage stellt sich der Ortsverband Tiergarten und lud am 24. April interessierte Mitglieder und Nichtmitglieder zum monatlichen Sonntagsbrunch ins „Walhalla“ ein. Mit Frau Heidrun Rhode-Mühlenhoff, der Leiterin der Zentralen Anlauf- und Koordinierungsstelle für Unternehmen (ZAK) bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen und Herrn Ertugrul Tolan, dem Leiter der Wirtschaftsberatung/Wirtschaftsförderung des Bezirks Mitte konnte Michael Sass zwei engagierte und erfahrene Mitarbeiter der Verwaltung als Referenten gewinnen. Beide erwiesen sich als auskunftsfreudig, hatten aber auch ein offenes Ohr für die Probleme und negativen Erfahrungen, die die Zuhörer teilweise emotionsgeladen schilderten.

Frau Rhode-Mühlenhoff erläuterte, dass die ZAK vor zwei Jahren im Rahmen der Neuordnung der Wirtschaftsförderung gegründet wurde und bisher 670 Projekte, darunter den Bereich Buch, betreut hat. Im Gegensatz zur Wirtschaftsförderung Berlin International (WFBFI), die exklusiv für die Ansiedlung von Unternehmen zuständig ist, verfügt die ZAK über keine Entscheidungskompetenz. Sie berät und unterstützt Bestandsunternehmen und Investoren bei der Abstimmungs- und Genehmigungsverfahren und benennt Ansprechpartner, kann dem Senat aber Vorschläge unterbreiten, wovon allerdings bislang noch kein Gebrauch gemacht wurde. Im monatlichen Jour-fixe mit den Bezirken will die ZAK die Vernetzung, Kommunikation und Kooperation in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg sicherstellen.

Herr Tolan ist zuständig für die bezirklichen Wirtschaftsaufgaben. Diese sind neben der Erstberatung und Begleitung von Existenzgründern die Prävention bei Liquiditätsengpässen sowie die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze.

Mit der Forderung nach Transparenz von Genehmigungsverfahren, Entbürokratisierung, Intensivierung der Kommunikation aller Partner untereinander sowie nach einem Mentalitätswandel in der Verwaltung in puncto Kundenfreundlichkeit und Dienstleistungsbereitschaft standen im Ergebnis genau die Forderungen zur Debatte, die im Leitantrag enthalten sind, den wir auf dem Landesparteitag verabschiedet haben.

Personalien

(au) Ökologisch angebauter, mit Liebe gekelterter Wein floss reichlich auf der ‚Website Release Party‘ zu www.fdp-umwelt.de unseres BV Mitte.



Der Landesvorsitzende **Markus Löning** MdB (Foto) sprach Worte des Ruhmes, um unter den Augen von Webmaster **Ingo Kamps** (Friedrichstadt) auf ‚start‘ zu klicken, und die stellv. Bezirksvorsitzende **Maren Jasper** (OT, Foto) erläuterte die Seite dem Publikum, aus welchem die ehem. Landesvorsitzende **Carola von Braun** (Tempelhof-Schöneberg), **Michael Kauch** MdB (NRW) oder der Wilmersdorfer Ortsvorsitzende **Björn Jotzo** genannt seien. Anschließend diskutierte man in der Galerie des Parteifreundes **Stefan Denninger** (OT) über dezentrale Energieversorgung und die Rolle der Stadtwerke oder tauschte sich über die kurzweilige Mitgliederversammlung der Deutschen Gruppe der Liberalen Internationale vom gleichen Tage aus.

(au) Im BV Spandau, lange Sorgenkind, wählte der Bezirksausschuss mit der nötigen 2/3-Mehrheit **Wolfgang Mleczkowski** aus dem Amt des Bezirksvorsitzenden. Aufgabe in Spandau ist es, den begonnenen Aufräumprozess bei Verbandsfinanzen und Mitgliederkartei erfolgreich zum Ende zu führen – und politisch wie administrativ dafür zu sorgen, dass die Spandauer Liberalen positiv zum Bild der Landespartei beitragen.

(au) Auch aus Spandau **Karl-Heinz Bannasch**, den der FDP-Landesausschuss auf der Jahreshauptversammlung wieder zum Sprecher wählte; Stellvertreterinnen sind weiter **Jana Liebscher** (Nord-Ost) und **Sylvia Maria von Stieglitz** (Steglitz-Zehlendorf). Am Rande tauschten sich drei Parteifreunde über grüne Vergangenheit aus: **Wolf-Dieter Hasenclever** (OT), **Frank Peters** und **Heinrich Hohl** (Kreuzberg-Friedrichshain) hatten die Gründung der Ökos erlebt, Hasenclever war beinah‘ grüner Bürgermeister Tübingens.

(au) Wahl der Bundesparteitag-Delegierten auf dem ‚Moabiter Landesparteitag‘. Hauptdelegierte aus Mitte sind **Irmgard Schwaetzer** (Friedrichstadt), Landesvorständler **Maren Jasper** (OT) und **Tim Stuchtey** (Tiergarten) sowie unser Bezirksvorsitzender **Henner Schmidt** (Friedrichstadt). Ersatzdelegierte sind die Stellv. Landesvorsitzende **Gaby Heise** (Friedrichstadt) und Medienrätin **Antje-Karen Pieper** (Tiergarten).

(au) Der Bundesparteitag in Köln wird **Guido Westerwelle** ganz klar als Bundesvorsitzenden bestätigen, da muss man kein Prophet sein, das vorherzusagen – so fasst **Otto Graf Lambsdorff** die Lage zusammen. Auch der stellv. Bundesvorsitzende **Andreas Pinkwart** steht zur Wiederwahl an, und unsere derzeitige Generalsekretärin **Cornelia Pieper** wird als weitere Stellvertreterin zur Verfügung stehen; i.Ü. stellt sich noch ein Amtsinhaber dem Votum. Herausragende Ergebnisse werden zur (Wieder-)Wahl von Schatzmeister **Hermann Otto Solms**, Nachfolger des verstorbenen **Günter Rexrodt**, und zur Bestellung des Generalsekretärs in spe, **Dirk Niebel**, erwartet. Als Beisitzer im FDP-Präsidium dürfen **Birgit Homburger** und **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger** mit klarer Bestätigung rechnen, ferner wird sich als junger Newcomer der niedersächsische Fraktionschef **Philipp Rösler** bewerben. Vier Berliner stellen sich unter den 34 Beisitzern im Bundesvorstand zur Verfügung: **Markus Löning** und der Vorsitzende der Fraktion im Abgeordnetenhaus, **Martin Lindner**, als ‚offizielle Kandidaten‘ – außerdem stehen, beide mit beachtlicher Leistung für die liberale Sache im Gepäck, **Alexander Pokorny** und **Mehmet Daimagüler** zur Wiederwahl.

(au) Ein Leben im Versteck muss weiterhin die Abgeordnete des liberalen VVD im niederländischen Parlament, die 1969 in Mogadischu geborene **Ayaan Hirsi Ali** führen. Der Staat sieht sich überfordert, die Abgeordnete vor militanten Muslimen zu schützen, deren Zorn sie mit ihrem Engagement gegen eine islamisch motivierte Repression von Frauen und zuletzt dem Kurzfilm „Submission“ – der zum Mord an Filmemacher **Theo van Gogh** führte – erregt. Derzeit arbeitet Hirsi Ali an unbekanntem Ort am Drehbuch für „Submission II“ und einem Buch mit dem Arbeitstitel „Abkürzung zur Aufklärung“.

(au) „Freihandel ist die beste Entwicklungshilfe,“ stellt **Silvana Koch-Mehrin** MdEP (LV Baden-Württemberg) mit Recht im Plenum des Europäischen Parlamentes fest. „Freihandel ist das, was den Ländern, die sich entwickeln wollen, hilft.“ Und weiter: „Wenn wir wollen, dass der Welthandel fairer wird, dann sollten wir vor allem darauf setzen, dass er freier wird.“

(au) **Jörg-Uwe Hahn**, der Liberalismus versteht als das Recht, von Gnaden der CDU an einem Kabinetttisch sitzen zu dürfen, erhielt bei Wahl zum Vorsitzenden des LV Hessen weniger als zwei Drittel der Stimmen – insbesondere bei den Jüngeren war für den einzigen Kandidaten wenig zu holen. Die hoch geschätzte langjährige Vorsitzende **Ruth Wagner** trat nicht mehr an.

Leserbriefe

Peter Lundkowski (OV Wedding)

Auferstehung einer neuen Zentrumsparterie – Die Diskussion zum Dringlichkeitsantrag „Religion, Ethik/Philosophie, Lebensgestaltung“ auf dem Landesparteitag zeigte sehr deutlich, dass sich die Berliner FDP bei der Frage der Werteerziehung immer mehr in die Abhängigkeit der CDU begibt. Dieser angenommene Antrag entspricht voll und ganz den Vorstellungen der CDU und der Kirchen.

In dem Streit, der sich immer mehr zur ideologischen „Schlacht“ im Sinne eines Kulturkampfes entwickelt, sollte es nach meinem Verständnis die Aufgabe einer liberalen Partei sein, beide Positionen kritisch zu hinterfragen und Alternativen aufzuzeigen. Eine liberale Partei sollte außerdem stärker die liberalen Wurzeln – im Sinne der Trennung von Staat und Kirche – verdeutlichen. Nach der geänderten Beschlussfassung akzeptiert die Berliner FDP, dass die Grundlagen unseres demokratischen Staates, die Grundwerte im Sinne des GG, auch von den Kirchen im Alternativfach vermittelt werden --- für eine liberale Partei eigentlich eine nicht zu akzeptierende Alternative.

Eine mögliche liberale Alternative ist dagegen, ethisch-philosophische Fragen stärker im Fachunterricht zu verankern. So sollte man – insbes. im Unterricht der Unter- und Mittelstufe – ethische Fragen nur mit dem konkreten sachlichen Zusammenhang behandeln. Z.B. können bestimmte Grenzsituationen (Tod, Krankheit, Ster-

behilfe...) sinnvoll nicht ohne den biologischen Hintergrund unterrichtet werden. Dementsprechend können die demokratischen Grundwerte nur mit dem jeweiligen politisch-historischen Hintergrund vermittelt werden.

Die Alternative wäre also die stundenmäßige Stärkung des politischen Unterrichts, damit dort dann verstärkt ethische Fragen behandelt werden können. Diese Stärkung ist notwendig, weil der politische Unterricht in der Mittelstufe in Berlin nur ein kümmerliches Dasein fristet. Am Gymnasium hat der politische Unterricht (Fach Sozialkunde) z.B. in den Klassen 7 und 8 jeweils nur einen Umfang von 0,66 Stunden in der Woche. Zusätzlich zum verstärkten politischen Unterricht, der von allen Schülern gemeinsam besucht wird, kann dann auf freiwilliger Basis ein Religions- oder Lebenskundeunterricht angeboten werden – so wie es gegenwärtig in Berlin praktiziert wird. Dieses Modell verletzt meiner Meinung nach auch nicht die Religionsfreiheit. Religiöse Freiheit bedeutet ja nicht nur Freiheit der Kirchen, sondern sie ist die Freiheit des Individuums. Das Individuum muss im liberalen Verständnis in der staatlichen Schule die Freiheit haben, den Religionsunterricht und/oder den ideologischen Weltanschauungsunterricht („Lebenskunde“) abzulehnen.

Wir freuen uns über Post.
Bitte senden Sie Ihren Leserbrief an
redaktion@liberal-central.de
Wir behalten uns vor, Leserbriefe nicht zu
veröffentlichen oder zu kürzen.

Liberaler Unternehmer in Mitte: Volker Jürgensen (OV Wedding)



Volker Jürgensen, geboren 1972 in Kiel, ist Rechtsanwalt und führt mit drei Kolleginnen und Kollegen sowie einem Steuerberater das Anwaltsbüro Pankow. Gegründet Mitte 2004, werden in dem Anwaltsbüro die Bürgerinnen und Bürger umfassend betreut durch spezialisierte Rechtsanwälte, welche für ihre jeweiligen Rechtsgebiete kompetente Beratung und gerichtliche Vertretung gewährleisten, ergänzt durch die Begleitung der Mandanten bei steuerlichen Fragen. Volker Jürgensen ist nach dem Studium in Kiel und dem Referendariat in Hamburg seit 2001 in Husum als Anwalt tätig gewesen. Aus persönlichen Gründen ist er dann nach Berlin gegangen und hat das Anwaltsbüro Pankow mit aufgebaut, in dem er für Miet- und Baurecht, Medizinrecht und Verwaltungsrecht verantwortlich ist. Er ist seit 1990 in der FDP engagiert, hat während des Studiums den schleswig-holsteinischen Landesverband der Liberalen Hochschulgruppen geleitet, und ist derzeit im Vorstand des FDP-Ortsverbandes Wedding aktiv. Außer auf Parteiveranstaltungen kann man Volker Jürgensen in Opernhäusern und Kneipen antreffen – oder ihn auf der Kanzleiwebseite www.anwaltsburo-pankow.org besuchen.

Termine

Mai 2005

- 04.05 19.00h OV Wedding: **Vorstand** im Lindengarten (Nordufer)
- 04.05 20.00h JuLis Mitte: **Mitglieder- und Interessententreffen** im Romana (Stresemannstr. 128)
- 05.05 – 07.05 Bundesverband: **Ordentlicher Bundesparteitag** – u.a. Vorstandswahlen, Satzungsänderung, Leitantrag ‚frei & fair‘ und Feldgottesdienst – in Köln
- 07.05 22.00h LV Berlin u.a.: **Lichterkette** – „Nie wieder Krieg, nie wieder Rechtsradikalismus, nie wieder Rassismus“ – Achse Heerstr., Ernst-Reuter-Platz, Brandenburger Tor, Unter den Linden, Alexanderplatz, Karl-Marx-Allee, Frankfurter Allee bis Alt-Mahlsdorf
- 09.05 19.30h BV Mitte: **Umweltpolitische Gesprächsreihe** – Thema: Gentechnik, Referentin Christel Happach-Kasan MdB – im cum laude (Universitätsstr. 4)
- 10.05 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 11.05 15.00h FDW Berlin: **Einweihungsfeier** der Neuen Geschäftsstelle der Freien Demokratischen Wohlfahrt (Donaustr. 102)
- 11.05 19.30h OV OT: **Mitgliederversammlung** – Themen 2006: FDP und Bürgerrechte, Gast: Burkhard Hirsch – im Abgeordnetenhaus (Niederkirchner Str.), Raum 107
- 17.05 20.00h OV Friedrichstadt: **Mitgliederversammlung** – Thema: Innere Sicherheit und Aushöhung des Bankgeheimnisses, Referenten: Alexander Ritzmann MdB und Thomas Plechatsch-Waterstradt (Credit Suisse) – im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
- 22.05 18.00h Bundesverband: **Wahlparty** zur Landtagswahl NRW im Thomas-Dehler-Haus
- 29.05 11.30h OV Tiergarten: **Brunch** im Wahlhalle (Krefelder Str. 6)

Juni 2005

- 01.06 20.00h JuLis Mitte: **Mitglieder- und Interessententreffen** im Romana (Stresemannstr. 128)
- 09.06 19.30h BV Mitte: **Bezirksausschuss** im Abgeordnetenhaus (Niederkirchner Str.), s. Display
- 14.06 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 14.06 20.00h OV Friedrichstadt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
- 26.06 11.30h OV Tiergarten: **Brunch** im Wahlhalle (Krefelder Str. 6)

Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter www.fdp-mitte.de

Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an termine@fdp-mitte.de

Vorstands-Sitzungen sind, soweit hier genannt, für Mitglieder öffentlich.

Wie jedes Jahr, so organisiert der **OV Tiergarten** auch 2005 eine **Klausurtagung**, zu der Mitglieder, Familien und Freunde herzlich eingeladen sind. Ort ist diesmal die alte Hauptstadt Polens, Krakau, vom **Freitag, den 30. September, bis Montag, den 03. Oktober 2005**. Der vorläufige Ablauf:

Freitag, 30.09.: **Anreise** erfolgt individuell. Flug mit EasyJet, Hin- und Rückflug z.Z. 91,45 €, buchbar über www.easyjet.com; Samstag, den 01.10.: Stadtbesichtigung und im Rahmen des politischen Programms Treffen mit den Vertretern von Freiheitsunion (Unia Wolnosci), Sonntag, 02.10.: Besuch des KZ Auschwitz, Montag, 03.10.: Besichtigung des Salzbergwerks Wieliczka und Rückreise nach Berlin

Unterkunft: Es sind bis jetzt 21 Plätze im Centrum Artystycznno Konferencyjne Eljot im jüdischen Viertel Krakaus, Kazimierz, reserviert (Preise von 22,50 € bis 40,00 € pro Nacht), ferner ist ein weiteres Hotel direkt im Zentrum der Altstadt avisiert. (57,50 € bis 75,00 € pro Nacht).

Anmeldung: Bitte um verbindliche Zusage bis Freitag, den 06. Mai unter pimpek21@arcor.de.

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de.

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter redaktion@liberal-central.de.